

Bayr zur Tsunami-Katastrophenhilfe: Seriosität gegenüber dem Steuerzahler notwendig =

Utl.: Prammer: "Kulturaustausch ist das Friedensprojekt schlechthin"=

Wien (SK) "Kulturaustausch und interkultureller Dialog stellen ein Gegenpaar zur Engstirnigkeit, zum Fundamentalismus und zu so genannten Kampf der Kulturen dar", betonte die Zweite Präsidentin des Nationalrats Barbara Prammer in ihrer Eröffnungsrede zur Diskussion "Kulturaustausch - Motor der Entwicklungszusammenarbeit" am Dienstagabend. Daher sei, so Prammer, der Kulturaustausch auch "das Friedensprojekt schlechthin". "Von den 50 Millionen Euro, die die Bundesregierung den Tsunami-Opfern zusagte, stammen 34 Millionen von den Mitteln des Bundes und es ist erst von 8,1 Millionen ersichtlich, woher sie kommen und wohin sie gehen", kritisierte Petra Bayr, SPÖ-Abgeordnete und Vorsitzende des Unterausschusses für Entwicklungspolitik. Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung solle alle politischen Felder durchziehen, so Bayr weiter: "Von Wirtschaft allein können wir nicht leben, wenn es keine intakte Natur und Umwelt mehr gibt." Weiters sprachen die Initiatorin der Veranstaltung, Lisa Wedron (Präsidentin der AIA C.D. Children Foundation), Franz Schmidjell (VIDC) und Martina Paul (Hope 87). ****

Not- und Katastrophenhilfe sei in den ersten Monaten wichtig, so Bayr, die vor dem 26. 12. drei Wochen in Sri Lanka war: "Doch dann ist eine Verzahnung mit der Entwicklungshilfe notwendig, um Nachhaltigkeit für viele Jahre sicher zu stellen." Die Katastrophenhilfe müsse vor allem die betroffenen Menschen in ihre Vorhaben mit einbeziehen und Ressourcen nutzbar machen, die bereits im Land vorhanden seien, so Bayr, auf die Unsinnigkeit mancher Hilfsmaßnahmen verweisend. Auch auf die Menschen im Hinterland, die in Sri Lanka auch nicht viel mehr besäßen, dürfe nicht vergessen werden, hielt Bayr fest: "Das ganze Land muss berücksichtigt werden, sonst entstehen Konflikte in der lokalen Bevölkerung."

Kritik übte Bayr an der mangelnden Transparenz der Bundesregierung im Umgang mit den zugesagten 50 Millionen Euro Tsunami-Katastrophenhilfe. "Von diesen 50 Millionen kommen sechs von den Gemeinden, zehn von den Ländern und 34 von der Bundesregierung", erinnerte Bayr. Doch nach einer Internet-Recherche erwiesen sich von diesen 34 Millionen erst 8,1 Millionen als greifbar. "Zudem sind diese 50 Millionen auf drei Jahre angelegt, doch wie die genaue Auszahlung erfolgen soll, liegt im Unklaren", sagte Bayr und erklärte, dass diese Ungewissheit die Planung der NGOs erschwere: "Hilfe muss planbar sein."

Sie, Bayr, wünsche sich von der Bundesregierung mehr Seriosität und Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler und gegenüber den Projekten: "Die Österreicherinnen und Österreicher seien sehr spendabel und sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, was mit den Steuergeldern passiert." So sei es auch für NGOs selbstverständlich, einen Rechenschaftsbericht darüber abzulegen, wohin die Spendengelder fließen würden. Bayr hielt fest, dass sie im Parlament einen Entschließungsantrag mit

dem Appell um mehr Transparenz gegenüber dem Steuerzahler eingebracht habe: "Auf einer Homepage sollen alle sehen können, was mit den Geldern passiert."

Es sei sehr wertvoll und wichtig, sich auch im eigenen Land mit fern lebenden Menschen auseinanderzusetzen, betonte Bayr die Bedeutung des Kulturaustausches. "6,4 Mrd. Menschen teilen eine Erde und wir teilen ein gemeinsames Schicksal: Wir können sterben oder wir können leben." Um eine für alle lebenswerte Zukunft zu gestalten, könne jeder einzelne einen Beitrag leisten, indem er mit den Ressourcen verantwortungsvoll umgehe. Im politischen Diskurs sollte die Armutsbekämpfung immer im Hinterkopf sein, so Bayr, auf die Bedeutung von sozialen Rechten verweisend.

(Schluss) gg

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Tel.: (+43-1) 53427-275

<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS069 2005-04-27/09:55

270955 Apr 05